

Warum protestieren wir gegen das Treffen der G20 in Hamburg?

Die Gruppe der 20 („G20“) umfasst 19 der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer sowie die EU. Leider reden die nicht einfach nur miteinander über die Probleme in der Welt und wie Lösungen dafür aussehen können; da könnte wohl kaum jemand etwas dagegen sagen. Die 20 nehmen vielmehr für sich in Anspruch, dass ihre Ergebnisse für alle anderen Gültigkeit haben sollten und viele der zusätzlich eingeladen Staatengruppen und internationale Organisationen sind nur deshalb dabei, weil sie bei der Durchsetzung behilflich sein sollen. Vor allem alle Themen, die ärmere Weltregionen und Länder betreffen, werden ohne Rücksprache mit den Betroffenen verhandelt. Demokratische Verfahren sehen anders aus.

Dabei erreichen die 20 bei vielen Themen keine Einigung oder diese bleiben weit hinter der Notwendigkeiten zurück. Das ist nicht verwunderlich, weil sie doch bei den brennendsten Problemen der Welt regelmäßig zu den Verursachern gehören. Unregulierte Finanzmärkte, Kriege, Klimawandel, Flucht und Migration gehen zu einem großen Teil auf das Agieren der G20-Staaten zurück. Freihandel und grenzenloses Wachstum sind sicherlich keine Lösungen im Interesse der Mehrheit der Weltbevölkerung.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der inhaltlich die Themen angepackt werden, spiegelt sich auch auf der organisatorischen Seite der Treffen. Da sind einige Tausend Leute beteiligt und nochmal ebenso viele Journalistinnen und Journalisten. Das ist ein gewaltiger organisatorischer Aufwand, der in jeder Stadt Beeinträchtigungen des öffentlichen Lebens mit sich bringen wird.

Ich lebe seit fast 50 Jahren in Bonn und damit in einer Stadt, die solche Großereignisse aus ihrer Zeit als Bundeshauptstadt kennt. Im Juni 1982 fand ein NATO-Gipfeltreffen in Bonn statt, zu dem der neu gewählte US-Präsident Reagan erstmals Deutschland besuchte; Sicherheitsaspekte waren überragend. Ich war damals mit für eine Großdemonstration verantwortlich, an der 450 000 Menschen teilnahmen, also anderthalb mal so viele, wie die Stadt Einwohner hat. Später gab es noch größere Demonstrationen in Bonn. Weil die damalige Bonner Polizeiführung und auch die Innenpolitik in NRW Wert darauf legte, dass gerade anlässlich politischer Großereignisse öffentlicher Protest möglich sein muss, ließ sich das alles so regeln, dass es keine Einschränkungen des Versammlungsrechts gab.

Ganz anders ist das in Hamburg. Man möchte glauben, es handele sich um ein Provinzkaff, das nicht in der Lage ist, demokratische Meinungsäußerung, tägliches Leben der Menschen und außergewöhnliche politische Ereignisse zu koordinieren. Eine „rote Zone“, in der Bewohnerinnen sich nicht frei bewegen können und Besucher schon gar nicht, eine weitere Fläche, in der zumindest zeitweise Bewegungseinschränkungen herrschen, und eine 38 km² große Zone, in der alle Versammlungen verboten sind, stellen für Deutschland ein einmaliges Ereignis dar. Das zeugt von Großspürigkeit und Machtanspruch der zuständigen Behörden gegenüber demokratischen und Alltagsbedürfnissen der Menschen und von Unwille oder Unfähigkeit, berechnete Anliegen zur Kenntnis zu nehmen. Kein Wunder, dass die Hamburgerinnen ihrer Stadtspitze bei allen möglichen Abstimmungen immer wieder Niederlagen beibringen.